

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Philipp Panzer

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Gerold Tholen

Sonstige

Ausschussmitglied Andreas Kout
Ausschussmitglied Peter Siefken
Ausschussmitglied Joachim Stasch
Ausschussmitglied Rina Steinbeck
Beratendes Mitglied Andreas Bolten
Beratendes Mitglied Sonja Chamkhi
Beratendes Mitglied Brigitte Mittelstädt
beratendes Mitglied Brigitte Pecht

Verwaltung

Fachbereichsleiter Carsten Feist
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs
Protokollführer Herbert Eckhoff

Gäste

Vorsitzender CVJM Henning Werdermann

Es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Astrid Mohr
Beratendes Mitglied Rüdiger Schaarschmidt
Beratendes Mitglied Martin Toepel
Beratendes Mitglied Kirsten Trenne
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtjugendpfleger Waldemar Strauch

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.09.2007
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit und Jugendhilfeausschuss vom 12.09.2007
- 4 Vorlagen an den Rat
Haushalt 2008
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Jugendparlament -Info
- 5.2 WZ-Artikel
- 5.3 Interkulturelles Fest

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
Frau Gastmann eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.09.2007
Herr Stasch wies darauf hin, dass Herr Schaarschmidt in der letzten Sitzung wegen der Äußerung von Herrn Biehl in der WZ, dass in Wilhelmshaven zuviel Geld in zu viele Helfersysteme investiert werde, weil es zu viele Anbieter gebe, angeregt habe, eine Liste der in der Jugendhilfe tätigen Einrichtungen dem Protokoll beizufügen. Dies sei nicht geschehen und er bitte, die Liste dem nächsten Protokoll beizufügen.

Das Protokoll wurde anschließend mit dieser Änderung bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen genehmigt.

(Anmerkung Protokoll: Über diesen Punkt wurde in der Sitzung am 12.09.07 nicht in der Jugendhilfeausschusssitzung, sondern unmittelbar vorher in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und des Jugendhilfeausschusses diskutiert)

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit und Jugendhilfeausschuss vom 12.09.2007
Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und des Jugendhilfeausschusses wurde bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen beschlossen.

- 4 Vorlagen an den Rat
Haushalt 2008

Herr Feist erläuterte die Tischvorlage (**Anlage 1**), eine Übersicht der Zuschüsse, aufgeteilt in Anträge und Verträge. Es handle sich um einen Wiederholungshaushalt, alle Positionen seien exakt sowohl inhaltlich und auch summarisch die Beträge, die auch im Haushalt 2007 eingestellt waren. Das habe mit dem Beschluss des Verwaltungsvorstandes zu tun, keine neuen institutionellen Förderungen vorzusehen.

Herr Siefken wies darauf hin, dass der erste Punkt unter der Rubrik Verträge, der Zuschuss an den Verein beka e.V. für das Jugendzentrum „Point“ mit einem Sternchen und dem Vermerk „maximal 52.700 €“ versehen sei. Daraus könne man schließen, dass jährlich mehr als 52.700 € für das Point bezahlt würden; das sei jedoch nicht der Fall.

Herr Feist verlas zu dem Antrag der Evangelischen Familienbildungsstätte (EFBS) auf institutionelle Förderung in Höhe von 25.316 € eine E-Mail von Herrn Schaarschmidt:

„Bei der Bewilligung der Landesförderung für die Evangelischen Familienbildungsstätten (ca. 40% Personalkostenzuschuss für 1,5 pädagogische Mitarbeiter) wird immer wieder auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Kommune hingewiesen und ggfls. mit einer Einstellung der Landesförderung gedroht. Die Höhe einer Förderung seitens der Kommune ist nicht so entscheidend, sondern eher die grundsätzliche Bereitschaft.“

Herr Feist erläuterte, dass aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsvorstandes auch diesem Antrag auf (neue) institutionelle Förderung verwaltungsseitig nicht zugestimmt werden könne. Statt dessen werde seit 2 Jahren aktiv umgesetzt, was der Jugendhilfeausschuss seinerzeit beschlossen habe, nämlich konkrete Projekte gemeinsam mit der EFBS zu verabreden, die dann auch vom Jugendamt finanziert würden, z. B. die Elterntrainings oder die Tagesmütterqualifizierungen und als nächste größere Projekte ein Schülerhilfeprojekt und ein Familien-Kinder-Service-Büro. Das hieße, es finde jede Menge Zusammenarbeit statt, nur handle es sich um keine institutionelle Förderung, sondern um controllingfähig ausgestattete Projektförderungen.

Frau Mittelstädt signalisierte Verständnis für den Antrag der EFBS. Es drohe tatsächlich die Einstellung der Landesförderung, wenn sich die Kommune nicht an der Finanzierung beteilige. Sie regte an, ob man nicht eine Formulierung gegenüber dem Land finden könne, aus der die Verbindung zur Projektarbeit und die hier gezahlten Gelder ersichtlich seien.

Herr Feist bemerkte dazu, dass dies aber nicht im Haushalt der Stadt Wilhelmshaven dargestellt werden könne, sondern nur im Einnahmehaushalt des Kirchenverwaltungsamtes.

Die Übersicht der Anträge wurde anschließend einstimmig beschlossen, der Antrag der EFBS wurde mit 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Jugendparlament -Info

Da kein Mitglied des Jugendparlamentes anwesend war, wies **Herr Feist** auf die gemeinsame Sitzung des Jugendparlamentes mit dem Rat hin, die am 19. September stattgefunden hat. Hier sei ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, der sehr positiv aufgenommen wurde und durchaus einmal jährlich fortgesetzt werden sollte.

5.2 WZ-Artikel

Frau Ober-Bloibaum wies auf einen Artikel in der Wilhelmshavener Zeitung vom 10.10.07 hin (**Anlage 2**) und stellte dazu die Frage, wie viel Fälle im Jugendamt Wilhelmshaven ein Sachbearbeiter zu bearbeiten habe und wie viel Gelder insgesamt für die Jugendarbeit gekürzt worden seien.

Außerdem regte sie an, einen Punkt „Kinderarmut“ auf die Tagesordnung der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung zu nehmen, um diese Thematik einmal ausführlich zu erörtern.

Herr Feist antwortete darauf, dass sich die Fallzahlen im Allgemeinen Sozialdienst im Zeitraum vom Januar 2004 bis Oktober 2007 in den Hilfearten Heimerziehung, Vollzeitpflege, Sozialpädagogische Familienhilfe und Erziehungsbeistandschaft verdoppelt hätten. Ein wesentlicher Faktor dafür sei der Zuzugstrend von Familien aus dem gesamten Bundesgebiet, die Kinder in irgendwelchen Maßnahmen hätten und für das Jugendamt Wilhelmshaven dann nach dem SGB VIII Kostenträger werde. Das sei im o. g. Zeitraum bei 69 Kindern der Fall gewesen und das Kostenvolumen allein in diesem Jahr für solche Fälle bewege sich bei 1,6 Millionen.

Zum Thema Haushaltskürzungen erklärte er, dass es in den letzten Jahren nicht zu Kürzungen gekommen sei, sondern es im Gegenteil im Haushalt 2006 habe es im Oktober eine Nachbewilligung in Höhe von 1,5 Millionen gegeben und das Haushaltsvolumen 2006 inclusive der Nachbewilligungen sei dann zum Wiederholungshaushalt 2007 gemacht worden.

Frau Mittelstädt äußerte den Wunsch an das Jugendamt, eine Fortbildungsveranstaltung für Kindertagesstättenmitarbeiter zu organisieren, damit diese im Umgang mit dem Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII geschult werden.

Herr Kout schlug vor, wenn genügend Interesse vorhanden sei, den Herrn Münder als Referenten zu diesem Thema einzuladen.

Herr Feist teilte mit, dass im Jugendamt Ende November eine interne Fortbildung zum § 8a SGB VIII stattfinde und bot an, über die AG's der kirchlichen und der nichtkonfessionellen Kindertagesstättenträger diesen ein paar Plätze anzubieten, damit dann vielleicht 8 oder 10 Personen an dieser Veranstaltung teilnehmen und anschließend als Multiplikatoren tätig werden könnten.

5.3 Interkulturelles Fest

Herr Kout teilte mit, dass es Anfang September ein interkulturelles Fest unter Federführung der Ausländerberatung und des Pumpwerks gegeben habe, dass sehr gut besucht worden sei und viel positive Resonanz gehabt habe. Bereits im April habe es unter Federführung des Jugendamtes eine ähnliche Veranstaltung gegeben, die genauso gut angekommen sei. Er regte an, im nächsten April wieder solch eine Veranstaltung zu planen.

Herr Feist teilte dazu mit, dass solch eine Veranstaltung bereits in Vorbereitung sei, diesmal aber nicht im Pumpwerk, sondern im April 2008 sei ein so genannter Familiensonntag im Rüstringer Stadtpark geplant.

Ende des öffentlichen Teils: 15:55 Uhr

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:00 Uhr

Gastmann
Vorsitzende

Stoffers
Dezernent

Eckhoff
Protokollführer